

# Leserbriefe

## Ein enig Volk von Seebezirkclern

«FDP-Kandidat Bourgeois spaltet die SVP» – FN vom 10. Februar

Wie schnell doch gewisse Vorentsätze und Absichtserklärungen wieder vergessen sind. Während fast eines ganzen Jahres wurde im Vorfeld der Staatsratswahlen verhandelt, vor allem aber gemeinsam bedauert und beklagt, dass der Seebezirk doch wirklich von allen der am meisten vernachlässigte sei: Endlich wieder einen Staatsrat zu haben, sei dringend notwendig; der Seebezirk sei in den wirklich wichtigen politischen Gremien untervertreten. Trotzdem ist es mit der Seebezirks-Solidarität nicht weit her.

Dass eine bürgerliche Partei Bourgeois zur Wahl empfiehlt, das mag sich – wahrscheinlich nicht nur seines Namens wegen – aufdrängen. Nachdenklich stimmt aber, dass gleich zwei prominente Vertreterinnen aus dem Seebezirk diese Empfehlung unterstützen. Und dies im vollen Bewusstsein, dass bei einer Wahl Levrats mit Ursula Schneider Schüttel eine Seebezirklerin in den Nationalrat und somit in ein wirklich wichtiges politisches Gremium nachrutschen würde. Mit Bezirks-Solidarität hat das sicher nichts zu tun.

Zum Schluss noch eine Frage an eben diese Partei, die ja nicht müde wird, in den politischen Ämtern auf allen Ebenen eine Abbildung der Wäh-

lerinnen- und Wähleranteile zu fordern: Wäre das Freiburger Wahlvolk mit zwei bürgerlichen Ständeräten in irgendeiner Weise richtig repräsentiert? Die Antwort ist wohl schnell gegeben – und erst noch mit dem Lieblingswort der besagten Partei: Nein!

**Hugo Raemy, SP-Grossrat, Murten**

## Drei Gründe für bürgerliche Wahl

Die Ständerats-Ersatzwahl vom 6. März ist eine politische Richtungswahl. Drei Gründe, warum ich bürgerlich wähle. Europäische Staaten erleben zurzeit eine staatspolitische und wirtschaftliche Krise. Warum? Einmal geht es um gigantische Staatsverschuldungen, die auf eine Politik der Defizitwirtschaft mit immer höheren Schulden- und Zinslasten zurückzuführen sind. Europa muss diesen überschuldeten Staaten mit 1000 Milliarden Euro unter die Arme greifen. Schuldenbremsen, Erhöhung des Rentenalters auf 65 oder 67, Kürzung staatlicher Leistungen und Steuererhöhungen sind die Folgen.

Was tut die SP Schweiz? Sie will unsere bewährte Schuldenbremse lockern und leistet so Vorschub für Defizite in den Staatsrechnungen und für Schulden, die den nächsten Generationen überlassen werden. Da sage ich Nein.

Des Weiteren ist Europa mit einer Wirtschaftskrise konfrontiert, erschwert durch staatlich verordnete Höchstarbeitszeiten und Mindestferien.

Heute müssen diese Staaten trotz Sparmassnahmen die Wirtschaft ankurbeln und den mittelständischen Unternehmen mehr Freiraum gewähren. Frankreich muss die 25-Stunden-Woche lockern.

Was tut die SP Schweiz? Sie fordert sechs Wochen Mindestferien für alle und heizt damit die Wirtschaftskrise an. Sie gefährdet mittelständische Gewerbebetriebe und behindert deren Produktivität. Da sage ich Nein.

Schliesslich leidet unter der Krise der Arbeitsmarkt. In den europäischen Staaten herrscht eine Arbeitslosigkeit von zehn, zwanzig Prozent, und für Jugendliche gar von dreissig Prozent. Staatlich verordnete Lohnregulierungen und arbeitsrechtliche Einschränkungen müssen gelockert werden, um Arbeitsplätze zu erhalten.

Was tut die SP Schweiz? Sie fordert einen gesetzlich verankerten Mindestlohn für alle, gefährdet dabei bestehende und verhindert die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Sie hebt die Sozialpartnerschaft aus und erhöht die Arbeitslosigkeit. Da sage ich Nein.

Meine Schlussfolgerungen: Die bewährte Schuldenbremse muss erhalten bleiben. Die freie Marktwirtschaft allein fördert das Wirtschaftswachstum. Nur ein freier Arbeitsmarkt schafft neue Arbeitsplätze. Deshalb trete ich ein für eine Politik der Mitte im Interesse eines gesunden Mittelstandes. Ich wähle deshalb bei der Ständeratsersatzwahl bürgerlich, also Bourgeois.

**Paul Zbinden, Freiburg**